

diagnose:funk fordert Moratorium und Technikfolgen-Abschätzung für 5G-Mobilfunk

Das Vorsorgeprinzip muss gelten, denn Gesundheitsschutz hat Priorität!

Worum geht es hier und heute?

Am 23.9.2019 findet die Anhörung im Petitionsausschuss des deutschen Bundestags zu 5G-Mobilfunk statt, nachdem 54.000 Bürger im April 2019 eine Petition gegen 5G unterzeichnet hatten. 5G steht für die fünfte Generation des Mobilfunks. Im letzten halben Jahr haben sich in vielen Städten Bürgerinitiativen gebildet, die gegen 5G protestieren. Das dokumentiert unsere Widerstandskarte: www.diagnose-funk.org/aktivitaeten/karte. Die Sorgen der Bürger und ihr Protest gegen 5G sind berechtigt: Nach neuesten Studien (NTP-Studie (USA), Ramazzini-Studie (Italien)) ist Mobilfunkstrahlung krebserregend. Mit dem Aufbau des 5G-Mobilfunks steht eine massive Erhöhung der Strahlenbelastung der Bevölkerung, der Pflanzen- und Tierwelt an. Bis heute liegt keine Technikfolgen-Abschätzung über die 5G-Mobilfunkfrequenzen vor, die Bundesregierung und das Bundesamt für Strahlenschutz ignorieren die neueste Studienlage. Daher fordert diagnose:funk ein Moratorium beim Aufbau von 5G-Mobilfunk und eine von unabhängigen Wissenschaftlern erstellte Technikfolgen-Abschätzung.

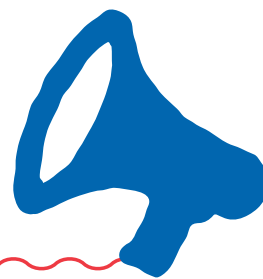
Doch statt das Vorsorgeprinzip gelten zu lassen, hat die digitale Transformation aller Lebensbereiche in der Politik der Bundesregierung hohe Priorität. Ein Digitalkabinet, IT-Rat und IT-Planungsrat mit politischen Steuerungsaufgaben wurden installiert, ebenso der Digitalrat als Beratungsgremium. Die Digitalisierung soll optimale Voraussetzungen für digitale Verwaltung, digitale Bildung, digitale Landwirtschaft, Überwachung, Werbung, Industrie 4.0, das Internet der Dinge und autonomes Fahren schaffen. Der Umbau der Städte zu SmartCities ist ein Schwerpunkt der Bundesregierung. Breitband und 5G sind die Hauptschlagadern der digitalen Infrastruktur. 5G setzt die neo-liberale Wirtschaftspolitik im Digitalen fort. An die negativen Folgen für Mensch, Natur und Klima denkt die Politik nicht. Daher müssen wir Bürger aktiv werden!

Warum darf 5G-Mobilfunk nicht eingeführt werden?

diagnose:funk dokumentiert mit 500 Studien in der Datenbank www.EMFdata.org: Mobilfunkstrahlung ist gesundheitsschädlich. Die Autoren bereits vorliegender Studien zu 5G fordern einen Ausbaustopp. Weltweit warnen Wissenschaftler, Biologen und Ärzteverbände vor den Gefahren durch 5G. Künstliche elektromagnetische Felder machen krank - Menschen, Pflanzen und Tiere sind betroffen. Hunderte Studien zu den bisherigen Mobilfunk-Frequenzen GSM, UMTS, LTE und WLAN weisen schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit nach, von Kopfschmerzen, Schlafstörungen bis hin zu Krebs. Die Mobilfunk-Strahlung ist von der WHO bereits 2011 als „möglicherweise Krebs erregend“ eingestuft worden, aktuell prüft die WHO aufgrund der neuesten Studien die Höherstufung auf „wahrscheinlich krebserregend“. All diese Risiken sind durch die Forschung gut belegt. Sollte 5G trotzdem eingeführt werden, würde die Strahlenbelastung weiter steigern. Das können wir noch verhindern, indem wir ein 5G-Moratorium und eine Technikfolgen-Abschätzung für 5G-Mobilfunk einfordern.

Wie verhalten sich andere Länder?

„Wir sind keine Labormäuse!“ sagte Céline Fremault, belgische Ministerin der Region Brüssel-Hauptstadt im März 2019 und begründete damit einen 5G-Aufbaustopp. Ganz Belgien soll folgen. Die Schweizer Kantone Genf, Jura und Waadt lehnen ebenfalls 5G ab, auch die italienische Stadt Florenz. Wir fordern die Bundesregierung und die Parteien auf, endlich die Studienlage zur Kenntnis zu nehmen und nicht weiter als Erfüllungsgehilfen der Industrie - und sei es nur durch Wegschauen - zu agieren. Der Petitionsausschuss kann nach der heutigen Anhörung eine Bundestagsanhörung anberaumen, auf der die Vertreter der Bürgerbewegung und kritische Wissenschaftler zu Wort kommen. Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Debatte auf allen Ebenen über die Umwelt- und Gesundheitsfolgen der Digitalisierung.



diagnose:funk fordert:

- › Kein Aufbau von 5G! Moratorium bis zur Vorlage und Diskussion einer Technikfolgen-Abschätzung.
- › Durchführung einer Bundestagsanhörung zu 5G und den Folgen der Digitalisierung mit Beteiligung der Umweltverbände und kritischer Wissenschaftler.
- › Schluss mit der Anerkennung der ICNIRP-Grenzwerte! Sofortige Auflösung des ICNIRP-Büros im Bundesamt für Strahlenschutz. Stopp der Bundeszahlungen für die Industrielobby.
- › Neubesetzung der Strahlenschutzkommissionen mit industrieunabhängigen Wissenschaftlern und Vertretern der Umweltverbände.
- › Neufestlegung der Grenzwerte durch eine unabhängige Kommission!
- › Schutz elektrohypersensibler Menschen vor Mikrowellenstrahlung. Es braucht den Rechtsanspruch auf ein strahlungsarmes Lebensumfeld und den Schutz der Wohnung.

Werden Sie aktiv in Ihrer Kommune oder in Ihrem Landkreis

diagnose:funk stellt an Kommunen und Landkreise folgende 8 Forderungen:

1. **Breitbandnetze (Glasfaser) als Eigenwirtschaftsbetrieb** müssen als Teil der Daseinsvorsorge von den Kommunen betrieben werden. Keine Vergabe von Infrastrukturprojekten an ein Monopol. Glasfasernetze bilden die Grundlage zur Umsetzung einer strahlungsarmen Mobilfunkversorgung.
2. **Ein Netz für Alle:** Es braucht nur ein Mobilfunknetz für alle Betreiber und Nutzer, wie bei Strom, Gas oder im Straßenbau. **Verpflichtendes Roaming** für alle Mobilfunkbetreiber muss umgesetzt werden.
3. **Trennung der Indoor- und Outdoorversorgung** zum Schutz der Wohnung vor Strahlung muss Grundlage jeder Mobilfunkplanung sein. Neue Technik muss nachweisbar **zu weniger Elektrosmog** führen. Kleinzellennetze sind nur dann sinnvoll, wenn sie zu einer deutlichen Senkung der Strahlenbelastung führen.
4. **Technikfolgenabschätzung ist Pflicht.** Sie muss durch eine industrie- und regierungsunabhängige Kommission unter Beteiligung bürgerschaftlicher Interessenverbände erfolgen. Ohne Bewertung der Forschungsergebnisse über die Wirkungen der 5G-Frequenzen auf Mensch, Tier und Natur darf 5G nicht eingeführt werden.
5. **Beweislastumkehr:** Industrie und Staat müssen die Unschädlichkeit von 5G belegen.
6. **Umweltschutz ist Pflicht,** die Kommune muss über den Netzausbau ein Gutachten zum ökologischen Fußabdruck vorlegen.
7. **Das Recht, analog leben zu können,** ohne digitale Überwachung ist ein Grundrecht. Die Datenerfassung darf nur mit ausdrücklicher Zustimmung jedes Bürgers erfolgen. Von Jugendlichen unter 16 Jahren dürfen keine Daten erfasst werden.
8. **Erhalt und Schaffung von funkfremen Gebieten** für elektrohypersensible Menschen.

5G ist ein Umweltskandal!

„Ohne aktive politische Gestaltung wird der digitale Wandel den Ressourcen- und Energieverbrauch sowie die Schädigung von Umwelt und Klima weiter beschleunigen,“ warnt der **WBGU (Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung, Globale Umweltveränderungen)**. Die Digitalisierung sei ein „Brandbeschleuniger“ der Klimakatastrophe. Der WBGU hat recht, wenn er Alarm schlägt. Online-Überweisungen, Audio- und Video-Streaming, jedes Instagram-Foto, jeder Facebook-Eintrag, jede Google-Suche, jedes vernetzte Haushaltsgerät im SmartHome, jedes autonome Auto braucht enorme Mengen an Datenvolumen und Speicherplatz und verbraucht damit Energie. Zusammen führt das zu einer Steigerung des Energie und Ressourcenverbrauchs. Die Umweltverbände BUND, NaBu, Naturfreunde, Greenpeace u.a. sind aufgefordert, das zerstörerische Wirtschaftswachstum und den Konsumhype, beschleunigt durch die Digitalisierung, als Teil der Umweltzerstörung und der Klimakatastrophe zu betrachten und sich dem Protest anzuschließen.

Kein WLAN an Schulen!

Der „Digitalpakt Schule“ der Bundesregierung soll mit 5 Mrd. Euro die Schulen und den Unterricht digitalisieren. Ab Herbst 2019 können die Schulen Gelder z.B. für die WLAN-Installation in allen Klassenzimmern beantragen. Doch zahlreiche Studien zeigen, dass WLAN-Strahlung gesundheitsschädlich und sogar krebserregend ist. Daher startet diagnose:funk eine bundesweite Kampagne für WLAN-freie Schulen. Wir wenden uns damit an Eltern, Lehrer, Schulleiter, Gewerkschaften und Kommunalpolitiker. Sind Sie betroffen und möchten Sie uns bei unserer Kampagne unterstützen? Dann melden Sie sich unter wlan@diagnose-funk.de. Wir freuen uns auf Ihr Engagement und auf die Zusammenarbeit mit Ihnen!



diagnose:funk unterstützen

2009 wurde diagnose:funk Deutschland gegründet. Seither informieren wir auf den Internetseiten www.diagnose-funk.de, www.EMFData.org und www.diagnose-media.de über die Risiken und Auswirkungen der mobilen Kommunikationstechniken, v.a. die Auswirkungen des Elektrosmogs.

Wir fordern eine Politik der Strahlungsminimierung und die Entwicklung und Erprobung von Alternativen. Mit unseren fundierten Analysen vernetzen wir aktive Bürger, liefern die Argumente für die Auseinandersetzungen vor Ort, beraten und koordinieren den Widerstand. **Das machen wir ehrenamtlich.**

Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen, werden Sie Fördermitglied bei diagnose:funk und spenden Sie an:

Spendenkonto:

Empfänger: Diagnose-Funk e.V.
IBAN: DE39 4306 0967 7027 7638 00
BIC: GENODEM1GLS

Spenden können von der Steuer abgesetzt werden, denn diagnose:funk ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Kostenloser Newsletter:

www.diagnose-funk.org/newsletter
Newsblog mit tagaktuellen Infos:
www.diagnose-funk.org/publikationen/newsblog

diagnose:funk